



Mehrwerte



Meine Region



Startseite >

Basel >

Baselland >

Bundesrat will B&



Öffentlicher Verkehr

Bund will nicht zahlen: Sollen beide Basel neue S-Bahn-Stationen selber finanzieren?



Von Michel Ecklin

28.07.2026, 05.00 Uhr

Zwei SP-Parlamentarier fordern die Kantonsregierungen auf, die Haltestellen Neuallschwil, Solitude und Dornach-Apfelsee nicht aufzugeben. Der Bund will sie nicht finanzieren, doch definitiv ist der Entscheid noch nicht.

Abo Exklusiv für Abonnenten

Eisenbahn und Strasse bei der jetzigen Bushaltestelle Apfelsee in Dornach.

Bild: Kenneth Nars

«Weshalb erhält die Region Basel keine zusätzlichen S-Bahn-Haltestellen?» So sind die beiden gleichlautenden Vorstösse betitelt, die in den Kantonsparlamenten der beiden Basel eingereicht werden, im Landrat von Jan Kirchmayr, im Grossen Rat von Jean-Luc Perret. Die Frage müssten die beiden Sozialdemokraten eigentlich an den Bundesrat richten, denn dieser hat im Juni beschlossen, die Haltestellen Dornach-Apfelsee, Basel-Solitude und Basel Neuallschwil (Morgartenring) aus seinem Programm Verkehr '45 zu streichen.

Damit hatte in der Region kaum jemand gerechnet, zumal der Bundesrat sich in der Vergangenheit positiv zu den drei Vorhaben geäussert hatte. Und die Region diskutiert seit vielen Jahren über diese zusätzlichen S-Bahn-Haltestellen. Der letzte neue S-Bahnhof in der Region war Salina Raurica 2008. Zum Vergleich: In Genf kamen seit 2017 fünf neue Haltestellen hinzu. Der Bund sieht in Basel dennoch keinen Handlungsbedarf.

«Botschaft ist nicht in Bern angekommen»

Trotzdem stellen die beiden Kantonsparlamentarier jetzt Fragen an ihre jeweiligen Regierungen. In ihren Interpellationen fordern sie diese heraus, nochmals klar zu formulieren, welche Entwicklung sie mit den Haltestellen anstreben möchten, etwa punkto Erschliessung von Entwicklungs- und Arbeitsplatzgebieten. Der Entscheid des Bundes ist noch nicht definitiv, derzeit läuft die Vernehmlassung. In ihren Fragen lassen die beiden die Forderung erkennen, die Kantone sollten sich dort nochmals für die Haltestellen einsetzen.



Beim Museum Tinguely soll die S-Bahn-Station Solitude hin kommen.

Bild: Kenneth Nars

«Ich habe nicht den Eindruck, dass die Regierungen dem Bund nicht ausreichend gesagt hätten, was wir in der Region wollen», sagt Kirchmayr. Deshalb macht er den Regierungen auch keinen Vorwurf. Aber offensichtlich sei die Botschaft nicht in Bern angekommen. «Der Bund wusste nicht, was uns in der Region beschäftigt.»

Zudem sei man in den vergangenen Jahren in Basel und dem Baselbiet stark mit der Durchmesserlinie beschäftigt gewesen. «Dass der Bund die Haltestellen streichen könnte, hatte man zwar auf dem Radar. Der Fokus der Lobbyarbeit der Kantone lag bis jetzt aber zu Recht auf der Durchmesserlinie.» Dabei sei die Letztere ein Projekt mit 20 bis 50 Jahren Zeithorizont. «Wir haben uns in der Region mit den S-Bahn-Haltestellen Gedanken gemacht, was in der Zwischenzeit geschehen solle, sind aber beim Bund nicht erhört worden.»

Der Bundesrat führt für seine ablehnende Haltung eine neue Regelung an, wonach es auf internationalen Hauptverkehrsstrecken keine neuen Haltestellen mehr geben solle. Das hält Kirchmayr für «einen Witz», denn damit mache er sich die Sache zu einfach.

Kantone könnten die Haltestellen selber finanzieren

Kirchmayr hält die aktuelle Situation für «höchstgradig unbefriedigend». Nicht zuletzt mit Blick auf andere Regionen, etwa Zürich oder Genf, müsse man dem Bund klar machen: Auch die Region Basel brauche eine anständige S-Bahn, und zwar schon bevor die Durchmesserlinie erstellt wird. Nach der Vernehmlassung wird der Bundesrat das gefestigte Programm Verkehr '45 veröffentlichen. Danach werden die eidgenössischen Räte darüber diskutieren, voraussichtlich ab Herbst 2027. Dann sei der Zeitpunkt gekommen, dass die Bundesparlamentarier aus den beiden Basel aktiv werden, sagt Kirchmayr.

Jetzt richten er und Perret aber ihren Aufruf an die beiden Basler Kantonsregierungen: «Sie sollen auf die Hinterbeine stehen und sagen: So nicht.» Falls das in Bern nichts bewegt, machen die beiden Kantonsparlamentarier gleich einen Vorschlag, wie es weitergehen könnte: Die Basler Kantone sollen die angesprochenen Haltestellen gleich selber finanzieren.